

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (mit Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringens) monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1.25, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Land 1.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3466.
Expedition: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Vertrieb: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltige Zeitspalt mit 90 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 126.

Dresden, Mittwoch den 4. Juni 1913.

24. Jahrg.

Die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ergaben eine geringe Verschiebung zugunsten der liberalen Parteien und der Sozialdemokratie. Diese erhielt zehn Mandate, statt bisher 8.

Die internationale Finanzkommission wird heute in Paris eröffnet werden.

Die moralische Beurteilung des ungarischen Ministerpräsidenten Salgotz im Dely-Prozess hat den Sturz der Regierung Salgotz herbeigeführt.

Die Demission des bulgarischen Kabinetts wird als Beweis für die schwierige Lage auf dem Balkan angesehen.

Im Zentrum des englischen Industriegebietes streifen jetzt über 30 000 Arbeiter.

Die preußische Stillstands-Wahl.

Die Wahlmännerwahlen für das preussische Abgeordnetenhaus, die am 16. Mai stattfanden, haben bereits das Ergebnis der endgültigen Abgeordnetenwahl festgestellt. Das neue preussische Dreiklassenhaus, das am gestrigen Tage von den Wahlmännern gewählt wurde, ist nicht als die Fortsetzung des vorhergehenden. Alle Proteste, alle Klagen der wahlberechtigten Kreise des Volkes mußten, wie es vorherzusehen war, an der Kammer des deutlichen und elendesten aller Wahlverfahren abprallen. Es bleibt die konservativ-liberale Vorherrschaft in Preußen, die auch in der Politik des Deutschen Reiches jeden lebendigen Fortschritt verhindert.

Seine Verbindungen sind eingetreten. Die Konservativen und Freikonserverativen haben eine kleine Anzahl Mandate eingebüßt. Falls ihnen nicht die wenigen Stichwahlen, die noch auszufechten sind, noch Erfolg bringen, haben die Konservativen 5, die Freikonserverativen 7 Mandate verloren. Diese Verluste sind aber unbedeutend im Verhältnis zu dem großen Mandatsbestande, den diese Parteien behalten: Konservativen 147 Sitze, Freikonserverativen 53 Sitze, Zentrum 108 Sitze. Die Nationalliberalen haben 8 Sitze gewonnen, ihre Fraktion steigt von 65 auf 73 Sitze. Das bedeutet um so weniger einen politischen Fortschritt, als der nationalliberale Mandatsgewinn vornehmlich dem rechten Flügel dieser Partei zugute zu kommen scheint, der sich wie bekannt von den Freikonserverativen kaum in einer Alliance unterscheidet.

Ein schwacher Lichtblick in der trostlosen Finsternis der preussischen Stillstandswahl ist die kleine Verstärkung, die die sozialdemokratische Fraktion erfährt. Die bisherigen sechs Mandate sind wieder gesichert, fünf in Berlin und eins in Hannover-Linben. Dazu ist in Scharneberg-Kaufhain unser Parteigenosse Otto Suß gemählt. Ferner in dem Wiesenthalkreis Ober- und Niederbarnim vor dem früheren Loren Berlin die Genossen Braun, Mitglied des Parteivorstandes, Hoyer, Ortsbürger in Ostpreußen, und Schriftführer Konrad Günich. Die liberalen Wahlmänner, die in diesem Kreise den Ausschlag gaben, haben die mit der Sozialdemokratie getroffene Vereinbarung trotz der konservativen Lockungen und Drohungen ordnungsmäßig eingehalten; sie entschieden sich in der Stichwahl der Abstimmung, so daß die konservativen Wahlmänner in der Widerheit bleiben mußten. Die fortschrittliche Volkspartei hat dafür durch die Hilfe der sozialdemokratischen Wahlmänner das Mandat des Herrns A. D. Traub im Kreise Teltow-Beeskow und zwei Mandate in Breslau gewonnen.

Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus wird also aus zehn Mitgliedern bestehen. Sie reicht nicht einmal hin zur Stellung von selbständigen Anträgen. Die Aufgabe dieser kleinen Zahl sozialdemokratischer Vertreter wird also im neuen Hause dieselbe sein wie im alten. Unsere Genossen werden weniger in und mit diesem Hause an der gesetzgeberischen Arbeit zu schaffen haben als vielmehr gegen dieses verrottete Haus. Sie werden die Vorposten sein in den fortwährenden schweren Kämpfen des entrechteten preussischen Volkes gegen das Dreiklassenwahlrecht. Sie können diesen heroischen Kampf mit gesteigerter Latkraft fortführen nicht nur, weil sie tüchtigen Zugang bekommen haben, sondern vor allem, weil sie auf die gewaltige Zahl der Wähler hinweisen dürfen, die hinter ihnen stehen, die trotz der öffentlichen Stimmenabgabe für die Sozialdemokratie gewählt haben und lediglich durch den Mechanismus des Wahlrechts um ihre gerechte Vertretung betrogen werden. Der Umsturz dieses Wahlrechts wirkt es ja auch, daß erst viel später die Stimmenslisten, die auf die verschiedenen Parteien entfallen sind, bekannt werden. Aber wir wissen schon jetzt, daß die sozialdemokratischen Stimmen bei dieser letzten Wahl wieder eine ganz bedeutende Summe erfahren haben. Wenn gleichwohl die Reaktionsparteien mit ihrer nur geringen Anhängerschaft im Volks die Hälfte der Mandate erhielten und die politische Macht in Preußen sich aneignen dürfen, so wird dieses ungeheuerliche Unrecht das arbeitende Volk stets von neuem in Wallung bringen und zum Kampfe gegen das Klassenregime aufbeistehen.

Der Verlauf der preussischen Landtagswahlen steht auf einem schwarzen Platz in der Geschichte unserer Zeit verzeichnet. Diese Wahlen haben den Freiheitskampf in Preußen

und im ganzen Reiche trotz aller Bewunderungswürdigen Anstrengungen unserer preussischen Parteigenossen nicht irgendwie wesentlich vorwärts gebracht. Die schlimmsten Reaktionskräfte jubeln laut, daß ihnen wieder auf einige Zeit das festeste Bollwerk ihrer volkreißlichen Herrschaft gesichert erscheint. Es wird daher in den Kreisen der Sozialdemokratie, aber auch von allen denjenigen, denen die heutigen unfreien Zustände in Preußen-Deutschland zuwider sind, sehr gründlich beraten werden müssen, welche Mittel angewendet werden können, um trotz alledem vorwärts zu kommen!

Wir haben in der Zeit, als die preussische Wahlkraft rüchert wurde, nicht verschwiegen, daß wir ein anderes taktisches Vorgehen, als es dann der preussische Parteitag beschlossen hat, für richtiger gehalten haben. Es könnte aber nicht als wertvoll angesehen werden, wenn jetzt rückblickend die Kritik der preussischen Parteigenossen kritischen Erörterungen unterworfen werden sollte. Jetzt heißt es: in die Zukunft schauen und den Kampf in Preußen mit allen Kräften weiterzuführen! Jetzt gilt es: für die Zukunft die Maßnahmen beraten und vorbereiten, die mehr geeignet sind, die preussische Junferherrlichkeit zu überwinden!

Denn darüber ist kein Zweifel, daß das preussische Klassenregiment in seiner jetzigen Prualität nicht fortbestehen kann und nicht fortbestehen wird. Es steht allzu sehr im Widerspruch mit den lebendigen Kräften des aufwärts strebenden Volkes!

Das Ergebnis der Wahlen.

Berlin, 3. Juni. Nach den bisher vorliegenden Resultaten wurden bei den heutigen Abgeordnetenwahlen zum preussischen Landtage gewählt: Konservativen 144 (früher 156), Freikonserverativen 56 (früher 60), Zentrum 100 (früher 108), Nationalliberale 74 (früher 65), Fortschritt. Volksp. 39 (früher 37), Sozialdemokraten 10 (früher 6), Polen 12 (früher 14), Polen 2 (früher 2). In Berlin sind gewählt von der Fortschritt. Volksp.: Dr. Wagner, Kramm, Köpke, Dr. Biemer, (Herrmann); von den Sozialdemokraten: Adolf und Paul Hoffmann, Fleck, Ströbel, Pledrecht. Im Scharneberg-Kaufhain ist Otto Suß gewählt. In Potsdam wurde bei der letzten Stunde wieder angestellte Freikonserverative Grotz wiedergewählt. In Teltow-Beeskow, das bisher konservativ vertreten war, sind gewählt: Herrns A. D. Traub (Fortschritt. Volksp.) und Biermann (natl.). Weiter sind von bekannten Persönlichkeiten wiedergewählt: Konservative: v. Pappenheim, Bremer, Graf Schwinning, Dr. Kahn, Dr. Köpcke, v. Schumann, Hammer, v. Dennings, v. Kröner, Graf Köpke. Freikonserverative: Herrns v. Camp, v. Kendorff, Graf Wolff. Zentrum: v. Strömbeck, Trumborn, Freigen, Graf Trautmann, Dr. Forst, Bruhl, Dr. König. Nationalliberale: Schöper, Wotta, Neumann, Krause, Dr. Deumer, Bachhoff, Dr. Wenig, v. Schwert, Köhling, Jührmann. Fortschritt. Volksp.: Hübner, Dr. Gohndke, Hanzow, Krüger, Waltheim, Well. Sozialdemokraten: Reinert, Solent, v. Goh-Jaworski, Dr. Seppa, Wozanski.

Berlin, 3. Juni. Bei der heutigen Abgeordnetenwahl im 12. Berliner Wahlkreis (Königs) erhielt Dr. Runge (Fortschritt. Volksp.) 343 Stimmen, der Sozialdemokrat Eugen Ernst 331 und der konservativ-rechtsanwalt Ulrich 37 Stimmen. Es muß Stichwahl zwischen Dr. Runge und Eugen Ernst stattfinden, die am 11. Juni festgesetzt ist.

Berlin, 3. Juni. In dem so heikumstrittenen Wahlkreise Ober- und Niederbarnim, wo eine unmittelbare Wahl die Wahl sich anschließende Stichwahl stattgefunden hätte, sind die drei sozialdemokratischen Kandidaten als Sieger hervorgegangen. Sie vereinigten 1119 Stimmen auf sich, die Konservativen erhielten 768. Die Liberalen enthielten sich größtenteils der Stimme.

Berlin, 4. Juni. Nach dem Ergebnis der gestrigen Abgeordnetenwahlen zum preussischen Landtage sind von den 439 endgültig Gewählten 147 Konservativen, 53 Freikonserverativen, 73 Nationalliberale, 37 fortschrittliche Volksparteiler, 103 Zentrumsgewählte, 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten, 1 Deutschpoler und 1 Christlichsozialer. Bei 42 Mandaten hat eine Verschiebung in der Fraktionszugehörigkeit stattgefunden. Die Konservativen gewinnen 10 und verlieren 15 Sitze. Die Freikonserverativen gewinnen 2 und verlieren 9, das Zentrum gewinnt und verliert 5, die konservativen Wähler gewinnen 2 und verlieren 1, die Polen verlieren 2, die Nationalliberalen gewinnen 13 und verlieren 5, die fortschrittliche Volkspartei gewinnt 6 und verliert 5, die Sozialdemokraten gewinnen 4 Mandate. Die Gesamtverschiebung stellt sich folgendermaßen dar: Konservativen minus 5, Freikonserverativen minus 7, konservativ Wähler plus 1, Nationalliberale plus 8, fortschrittliche Volkspartei plus 1, Sozialdemokraten plus 4. In Stichwahl stehen noch in Wendenburg-Belzobelland drei Konservativen mit zwei Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei; in Wetzlar 12 der fortschrittlichen Volkspartei mit dem Sozialdemokraten Ernst. Der Wahlkreis Ober- und Niederbarnim mit dem Mandat ist an die Sozialdemokraten gefallen, die auch den Wahlkreis Scharneberg-Kaufhain durch den Hrn. Suß erobert haben. Dagegen ist mit zwei Mandaten an die fortschrittliche Volkspartei übergegangen, die im Grunde mit den Nationalliberalen auch in Teltow-Beeskow und Wetzlar

erfolgt haben. In Wetzlar ist der Konservativ Stroger durch den fortschrittlichen Tischmeister Konigsdorfer verdrängt worden, während Wagner (Fortschritt.) wiedergewählt wurde weil die Sozialdemokraten sich im Wahlgange für den dritten liberalen Kandidaten Dr. Voening (natl.) der Stimme enthielten. Im Wahlkreise Wilmshausen-Kaufhain-Köpenick ist der freikonserverative Vorsteher der Berliner Kammer, Rahardt, seinem konservativen Gegner unterlegen. Im Wahlkreise Cueselung-Wilhelmsrieden blieb der Hrn. Konigsdorfer (Fortschritt.) aufgestellte Mejer a. D. Blode gegen den nationalliberalen Kandidaten in der Widerheit. Im Weingautkreise ist der Kandidat General v. Klöden durch einen Zentrumsgewählten verdrängt worden. In Wilmshausen-Kaufhain ist neben dem fortschrittlichen Wahl, der an die Stelle von Fischbeck tritt, der Nationalliberale Wilmann nicht wiedergewählt worden. Das Mandat fiel an die Konservativen.

Der arbeitsfreie Sonnabendnachmittag.

Die Arbeitswoche endet bekanntlich schon seit langer Zeit in England und in Amerika in der Regel am Sonnabend mittags, so daß eine ununterbrochene Ruhepause von anderthalb Tagen entsteht. Dieser arbeitsfreie Sonnabendnachmittag hat eine wesentlich größere Bedeutung, als daß er lediglich eine Verkürzung der Arbeitszeit bringe. Zunächst erleichtert er die übliche Sonntagstrabe, weil auch die Arbeiterfamilie die Zeit erhält, ihre nötigen Einkäufe an diesem freien Nachmittage zu besorgen. Aber vor allem ist die längere Pause für die Erholung des ermüdeten Arbeiters von außerordentlichem Werte, wie die modernen Ermüdungsforschungen festgestellt haben. Deshalb macht sich das Bestreben, die übliche Arbeitspause auch auf den Sonnabendnachmittag auszuweihen, auch in allen anderen Ländern mehr und mehr geltend. In der Schweiz haben bereits mehrere Industrielle freiwillig den Arbeitschluß am Sonnabend auf mittags oder auf nachmittags ein Uhr festgesetzt. Und auch in Deutschland läßt sich bereits eine dahingehende Bewegung feststellen. Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908, die u. a. bestimmt, daß die Arbeiterinnen am Sonnabend nicht länger als acht Stunden und nicht über fünf Uhr nachmittags hinaus beschäftigt werden dürfen, hat diese Entwicklung ungewollt gefördert, wie die Erhebungen der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten im vorigen Jahre über die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen am Sonnabend wieder zeigen. Freilich ist dieser Erfolg nicht so sehr dem Gesetze an sich als vielmehr den Arbeiterorganisationen zuzuschreiben, deren Bestrebungen durch die Novelle nur eine Unterstützung erhalten haben.

Das allgemeine Bestreben der Berliner Arbeiterschaft und auch vieler Arbeitgeber, an den Sonnabenden und den Vorabenden von Festtagen die Arbeit möglichst früh zu schließen, ist durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 wesentlich gefördert worden, schreibt der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Landespolizeibezirk Berlin in seinem Bericht. Nach den Ermittlungen in einer großen Anzahl von Betrieben, in denen 108 600 Arbeiter und darunter 60 000 Arbeiterinnen beschäftigt werden, schließt die Arbeit in Groß-Berlin an den Sonnabenden spätestens 6, also zum Teil auch früher, um 3 Uhr für 21,7 Prozent der männlichen und 10,4 Prozent der weiblichen Arbeiter. Das ist noch kein arbeitsfreier Sonnabendnachmittag, zumal nur weitere 9,6 Prozent der männlichen Arbeiter bis spätestens 4 Uhr, 38 Prozent der männlichen und 68,6 Prozent der weiblichen Arbeiter bis 5 Uhr, die übrigen männlichen Arbeiter noch länger arbeiten müssen. Aber es ist ein Anfang, eine Entlohnung ist vorhanden, vereinzelt endet die Arbeit an Sonnabenden auch bereits um 12 oder 1 Uhr, und immer mehr Betriebe gehen dazu über, den Arbeitschluß früher eintreten zu lassen.

Daß es die Arbeiterorganisationen sind, die durch Ausnutzung des Gesetzes eine Verkürzung der Arbeitszeit bewirken, bestätigt auch der Beamte des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O., indem er schreibt: „Nach den Beobachtungen des Gewerbeinspektors in Frankfurt unterliegt die Arbeitszeit der Arbeiterinnen einer scharfen Überwachung durch die organisierte Arbeiterschaft, wobei es nicht selten vorkommt, daß auch Rotarbeitsstätten mit weniger als zehn Arbeiter, die an sich berechtigt wären, noch elf Stunden zu arbeiten, wegen Widerstands der Arbeiterschaft auf diese Vergünstigung gegenüber den Großbetrieben ohne weiteres verzichten.“ Eine Textfabrik schließt am Sonnabend nachmittags 1 Uhr, eine Gießerei um 1 1/2 Uhr, eine Lederwaren- und Schokoladenfabrik um 1 Uhr, eine Papierfabrik um 1 1/2 Uhr, die übrigen Fabriken zwischen 3 1/2 und 4 1/2 Uhr. Im Regierungsbezirk Potsdam schließen 14 Betriebe mit 1818 Arbeiterinnen spätestens 1 Uhr, 13 Betriebe mit 338 Arbeiterinnen spätestens 1 1/2 Uhr, 8 Betriebe mit 1856 Arbeiterinnen spätestens 2 Uhr, 12 Betriebe mit 3831 Arbeiterinnen spätestens 2 1/2 Uhr, 17 Betriebe mit 2875 Arbeiterinnen spätestens 2 1/2 Uhr und 76 Betriebe mit 831 Arbeiterinnen spätestens 3 Uhr.

Eine recht große Ausdehnung aber hat der arbeitsfreie Sonnabendnachmittag im rheinländischen Erzgebirgsgebiet erhalten, in dem viele Arbeiterinnen beschäftigt werden. Nach der Erhebung, die sich auf 2219 Betriebe mit 63 876 Arbeiterinnen erstreckt, wird im Regierungsbezirk Düsseldorf in 200